

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 30/39
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Peter Paul Gantzer MdL zum Erfordernis, die Schönhuber-Partei auch in Bayern durch den Verfassungsschutz überwachen zu lassen: Will Herr Stoiber die „Reps“ nicht verärgern?

Seite 1

Barbara Weiler MdB zum Erfordernis des Bonner Engagements für die Abschaffung von Hinrichtungen: Die Todesstrafe weltweit ächten, das Leben von Benji Demps retten.

Seite 3

Steffen Reiche zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß: Die Worte der Sonntags-Redner müssen eingelöst werden (Teil II und Schluß).

Seite 4

Michael Müller MdB zum „Ergebnis“ der UN-Umweltkonferenz in Bergen: Wirtschaft wichtiger als Umwelt.

Seite 6

45. Jahrgang / 94

17. Mai 1990

Will Herr Stoiber die „Reps“ nicht verärgern?

Zum Erfordernis, die Schönhuber-Partei auch in Bayern durch den Verfassungsschutz überwachen zu lassen

Von Peter Paul Gantzer MdL

Sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Vorsitzender des Beirates Polizei beim SPD-Landesvorstand Bayern

Es ist unverständlich, daß die „Republikaner“ nicht durch den Verfassungsschutz überwacht werden!

Als „rechtsextremistisch“ werden Organisationen eingestuft, deren Programm folgende Kriterien enthält:

- 0 Der Staat hat Vorrang vor dem einzelnen; die Gemeinschaft des Volkes geht dem Primat des Individuums vor (völkischer Kollektivismus).
- 0 Nationalismus geht vor Völkerverständigung (zum Beispiel gegen Europa).
- 0 Der Antisemitismus und andere rassistische Thesen (beispielsweise Ausländerfeindlichkeit) werden offen oder verdeckt wiederbelebt.
- 0 Es wird versucht, das NS-Regime zu rechtfertigen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verminsteter Umweltschutz
mit 100% Recycling
Kunststoff-Papier



Nach diesen Kriterien ordnet auch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz Organisationen dem Rechtsextremismus zu.

In den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre zählt das Landesamt 28 bis 30 entsprechende Organisationen auf; diese Vereinigungen haben eine Gesamtmitgliederzahl von rund 5.500.

Die „Republikaner“ aber fehlen! Eine Erklärung des bayerischen Innenministeriums steht aus.

Wenn aber die vorgenannten Maßstäbe angelegt werden, müßten auch die „Republikaner“ überwacht werden und Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht finden.

Dem bayerischen Innenminister Stoiber ist vorzuwerfen, die „Republikaner“ erst hoffähig gemacht zu haben, weil er ihre Überwachung - anders als in Nordrhein-Westfalen - nicht angeordnet hat. Die Aufnahme in den Katalog der rechtsextremen Organisationen ist gleichzeitig auch eine wichtige Entscheidungshilfe für viele Bürger, um Parteien wie die „Republikaner“ einordnen zu können.

Über die Motive eines solchen Fehlverhaltens der Staatsregierung kann nur gerätselt werden.

Hat die CSU Leichen im Keller, deren Existenz Herrn Schönhuber aus seiner früheren Tätigkeit bekannt sind, so daß man den „Rep“-Vorsitzenden nicht verärgern möchte? Oder will die CSU mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen und mögliche Koalitionen die Tür zu den „Republikanern“ wenigstens einen Spalt offen lassen?

Die Haltung von CSU und Staatsregierung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die „Republikaner“ rechtsextrem denken und handeln.

Minister Stoiber und die CSU müssen sich endlich entscheiden - und zwar jetzt!

(-/17.5.1990/vo-he/ts)

* * *

Die Todesstrafe weltweit ächten, das Leben von Bennie Demps retten

Zum Erfordernis des Bonner Engagements für die Abschaffung von Hinrichtungen

Von Barbara Weiler MdB

Die Anfang Mai erfolgte brutale und menschenverachtende Hinrichtung eines zum Tode verurteilten Straftäters in den USA mit Hilfe eines defekten Elektrischen Stuhls hat erneut weltweit Abscheu und Bestürzung hervorgerufen. Es ist schockierend, daß sich im Mutterland der Menschenrechte der Staat immer noch anmaßt, über Tod oder Leben seiner Bürgerinnen und Bürger zu bestimmen.

Menschen sind unvollkommen, können schuldig werden und irren. Die Todesstrafe aber ist unwiderruflich und könnte am Unschuldigen vollzogen werden. Jede Art von Hinrichtungsinstrument könnte defekt sein und den „Strafvollzug“ zur Folter machen. Die juristischen Erwägungen über die angebliche Legitimität der Todesstrafe und die moralische Sauberkeit einer „perfekten“ Hinrichtung werden angesichts des kürzlich in den USA Geschehenen zur absurden Farce.

Amnesty International führt seit Jahrzehnten einen Kampf gegen die Todesstrafe, bei dem es ausdrücklich keine Rolle spielt, aus welchen Gründen ein Häftling hingerichtet werden soll. Denn es gibt vom ethischen Standpunkt aus kein Argument, das diese vorzeitliche Art des Umgangs von Menschen miteinander rechtfertigen könnte. Ganz abgesehen von der Auswirkung der Todesstrafe auf die schelminbar nicht betroffenen Lebenden - sie trägt zur Brutalisierung derer bei, die an ihrer Verhängung und Vollstreckung beteiligt sind, aber auch derer, die „nur“ in der Zeitung darüber lesen. Die Todesstrafe in jeder Form ist grausam, unmenschlich und erniedrigend im Sinne des Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in dem Folter und unmenschliche Behandlung verboten werden.

Wie andere Bundestagsabgeordnete und auch Mitglieder anderer Parlamente beteilige ich mich an den „urgent actions“ von Amnesty International. Wenn im Einzelfall und schnell geholfen werden muß, senden wir - in der Hoffnung auf die appellative Wirkung als Parlamentarier - Telegramme und Telexe an die betreffenden Regierungsstellen, protestieren gegen Menschenrechtsverletzungen und geplante Hinrichtungen, verlangen Aufklärung über den Verbleib sogenannter „Verschwundener“ und die Umwandlung von Todesurteilen in Freiheitsstrafen.

Es ist zu verurteilen, aber leider nicht erstaunlich, daß in Diktaturen derartige Appelle oft keinen Erfolg haben. Dennoch darf sich niemand entmutigen lassen, wenn es gilt, Menschenleben zu retten und Not zu lindern.

Es fehlt mir jedes Verständnis, wenn in einer zivilisierten Gesellschaft wie der US-amerikanischen ein barbarischer Justizvollzug stattfindet. Allein im Staate Florida saßen Mitte letzten Jahres 294 Gefangene in Todeszellen. Welches Gemetzel zeichnet sich hier ab, wenn die begonnene Hinrichtungswelle weitergehen sollte.

Im Falle des Jesse Tatero, der am 4. Mai 1990 auf dem Elektrischen Stuhl starb, hatten unsere Blitz-Telegramme und Bittgesuche an den Gouverneur von Florida, Bob Martinez, keinen Erfolg. Es hat sich wiederum gezeigt, daß politische Initiativen auf höchster Ebene zur generellen und weltweiten Abschaffung und Ächtung der Todesstrafe geboten sind.

Wir erwarten, daß nun unsere Bemühungen um Bennie Demps Erfolg haben und daß der Aufschub der Hinrichtung für voraussichtlich vier Monate in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wird. Die Bundesregierung und allen voran der überall geschätzte Bundesaußenminister sind gefordert, hier aktiv zu werden und darüber hinaus die wachsende Bedeutung des demokratischen Deutschland auf internationaler Ebene gegen diese verabscheuungswürdige Form der Strafe zur Geltung zu bringen. Wann jetzt das Ende der Nachkriegszeit ausgerufen wird, dann steht es uns Deutschen gut an, einen weltweiten Pakt der Zivilisierten gegen die Todesstrafe zu initiieren.

Sage niemand, Deutschland wäre zu schwach dazu!

(-/17.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Die Worte der Sonntags-Redner müssen eingelöst werden (Teil II und Schluß)

Zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß

Von Steffen Reiche

Mitglied der SPD-Fraktion der DDR-Volkskammer

Der Spaltungsprozeß in der DDR setzt sich fort - von der PDS und dem FDGB forciert. Die einen sehen, wenn sie zurückblicken, nur die Knechtschaft, die anderen zunehmend auch die Fleisch-töpfe in Ägypten. Die Sorge wächst, daß wir im Vergleich zu den Bundesbürgern nicht nur unsere Vergangenheit verloren haben - 40 Jahre sind für viele das halbe Leben oder zumindest die Jugend -, sondern auch ein Stück weit; unsere Zukunft verlieren. Wie soll die Frage nach unserer Identität beantwortet werden: Osteuropa oder Deutschland? Nicht die DDR kommt nach Deutschland. Wohl aber ehemalige DDR-Bürger. Kommen sie gedemütigt, könnte sich die ganze deutsche Gesellschaft wieder infizieren an diesem Bazillus. Eine unvergleichliche Aufholjagd hat begonnen. Am farbenprächtigsten und eindrucklichsten zu bemerken an der Werbung, die die DDR überschwemmt und die langweilige und schmutzige Ordnung verdrängt. Und am Gründungsfieber. Überall wird gegründet. Vereine, Verbände, Gesellschaften, Betriebe, Gewerbe. DDR-Produkte verlieren stündlich an Wert, und mancher kauft sie nur noch aus Trotz. Immer mehr kaufen das mehrfach teure Brot aus der Bundesrepublik und lassen das schöne unverpackte Ostbrot liegen. Der schon vor Jahren zur Personenbezeichnung gewordene Begriff „Ostbrot“ scheint über manchem zu hängen wie ein Damoklesschwert. Der Westwagen wird zum Symbol der erfolgten Westintegration. Zur Zeit ruht zunehmend mehr wirtschaftliches Leben in Erwartung der Westmark. Was soll man mit dem alten Geld, die meisten haben sowieso genug davon, und Sachwerte gibt es kaum noch für die Binnenhandels Gutscheine.

Wir kehren heim nach Deutschland und werden uns sehr bald auch wieder unsere Länder, eine föderale Struktur schaffen. Wir sind begierige Schüler, aber unser Stolz ist so beschädigt, auf so wackligen und tönernen Füßen, daß diese kleine Pflanze unter keinen Umständen zerstört werden darf.

Das hat Auswirkungen auf die Bundesrepublik. Ihr konntet werden, was ihr wurdet, weil wir in Potsdam außen vor blieben, bei dem übriggebliebenen Hitler. Die Bedürfnisse des ehemaligen ostdeutschen Teilstaates DDR fordern die Entwicklung von neuartigen Solidaritätsstrukturen. Diese Strukturen, deren Bildung erleichtert wird durch unsere enge Bindung, können und sollten Vorbildcharakter gewinnen für die Bewältigung des Ost-West-Konfliktes und weiter des Nord-Süd-Konfliktes.

Die Währungsunion ist also beides: Rückzahlung und Investition in die Zukunft. Deshalb sollte sie uns Raum zum Atmen geben - umso mehr, umso besser ist es langfristig gesehen für Deutschland und Europa. An vielen Stellen, gerade im Sozial- und Umweltbereich, ist eine Übernahme gütigen Rechts das Verhandlungsmaximum, was wir anstreben können. Fortschritte müssen wir uns dann gemeinsam erkämpfen. An den Stellen jedoch, wo zwischenstaatliche Bereiche berührt werden, müssen wegen der Dynamik der Entwicklung neue Modelle entwickelt werden. Die deutsche Währungsunion ist ein solches Modell, dessen Welturaufführung bevorsteht. Und es muß als Präludium in D-dur verstanden werden, damit die Fuge in Euro-dur folgen kann. Aber auch der sicherheitspolitische Aspekt der Einigung fordert neue Modelle. Sicher ist, daß die Russen und die Amerikaner sobald wie möglich ihre Armeen auf ihr Territorium zurückziehen müssen. Aber rufen wir uns in Erinnerung zurück, ab wann die Europäer nur noch Gäste in Amerika waren - nach der Gründung der Vereinigten Staaten. Die Amerikaner kamen zweimal in das friedlose Europa um Frieden zu schaffen. Sie werden erst gehen können, wenn dieser Auftrag erfüllt ist. Er ist erst dann erfüllt, wenn die Vereinigten Staaten von Europa oder ein Europäischer Bund bestehen. Erst ein europäischer Präsident wird die Amerikaner als Besucher begrüßen können.

Deshalb sollten wir uns bemühen, soviel wie möglich an staatlicher Kompetenz gleich weiterzuleiten nach Europa. Die Integration des Ostens muß und soll die Westintegration beschleunigen. Aber nicht um Osteuropa davonzulaufen, sondern um den Staaten Osteuropas voranzugehen und sie dann besser gerüstet zu empfangen.

Der Gefahr, die durch das Hinzukommen weiterer fünf deutscher Bundesländer entsteht, muß sorgsam begegnet werden. Die Bedeutung der Zentrale wird nicht nur durch die Kompetenzen im Einigungsprozeß, sondern auch durch die Vielzahl der Bundesländer gestärkt. Jahrzehnte relativ sicherer Hochkonjunktur, steuerliche Mehreinkommen in großen Dimensionen, politischer und wirtschaftlicher Bedeutungsgewinn, all das sollte es der Bundesrepublik wert sein, wirklich zu investieren - das heißt so weit ich mir einen Begriff von Marktwirtschaft gebildet habe, daß das auch unter Einsatz gewisser Kräfte geschieht. Nun nicht mehr als ein Provisorium im geteilten Deutschland, sondern als ein Provisorium im geteilten Europa.

Die Prozesse in der DDR haben der Bundesrepublik in ihrem Selbstverständnis Recht gegeben. Ihr Selbstbewußtsein ist dadurch zu Recht gestärkt. Doch daraus folgen nun auch Aufgaben. Die Worte der Sonntagsreden müssen eingelöst werden. (-/17.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Wirtschaft wichtiger als Umwelt

Zum „Ergebnis“ der UN-Umweltkonferenz in Bergen

Von Michael Müller MdB

Obmann der SPD-Fraktion in der Bundestags-Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“

Vor drei Jahren legte die Unabhängige UN-Kommission „Umwelt und Entwicklung“ ihren Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ vor, der weltweit große Anerkennung erfuhr. In Bergen fand nunmehr die Folgekonferenz statt. Sie wurde zu einem traurigen Rückschritt sowohl für einen fairen Interessenausgleich zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten als auch für den globalen Umweltschutz.

Die zweifelhaften Aktivitäten der US-Regierung schon im Vorfeld der Umweltkonferenz waren offenkundig erfolgreich. Auf Anweisung von US-Präsident George Bush waren die Botschafter der USA in wichtigen Industrieländern aktiv gewesen, um eine Festlegung auf Maßnahmen und Reduktionsziele zu verhindern. Dadurch wurden die Veranstalter derart verunsichert, daß sie schon von sich aus nur noch moderate Empfehlungen zum Beispiel für die Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen vorbereitet hatten. Die Konferenzunterlage von Bergen sah nur noch eine Stabilisierung der CO₂-Emissionen und nicht, wie vor der Weltklimakonferenz 1988 in Toronto gefordert, eine Verringerung um mindestens 20 Prozent bis zum Jahr 2005 vor. In Bergen wurde jedoch selbst dieses unzureichende Ziel ebenso torpediert wie die Forderung nach einem Fonds zur Mitfinanzierung umweltverträglicher Technik für die Dritte Welt.

Bergen hat gezeigt: Wirtschaftliche Interessen sind wichtiger als der Schutz der Umwelt. Leichtfertig und verantwortungslos wird mit den Lebenschancen zukünftiger Generationen umgegangen. Und den Entwicklungsländern, auf deren Substanz auch der Wohlstand der Industrieländer angehäuft wurde, wird die Chance auf eine umweltverträgliche Entwicklung genommen. Bergen hat auch deutlich gemacht, wo die internationalen Konflikte im nächsten Jahrhundert verlaufen werden: Zwischen Nord und Süd im Kampf um die knapper werdenden Naturgüter. Es besteht die Gefahr, daß der an Bedeutung verlierende Ost-West-Konflikt hierdurch eine möglicherweise noch brisantere Nachfolge findet.

Es wäre falsch, jetzt nur auf die USA zu zeigen und das eklatante Versagen von George Bush als Alibi für eigene Versäumnisse zu nehmen. Auch in der Bundesrepublik gibt es einen unübersehbaren Widerspruch zwischen Reden und Taten. Bundesumweltminister Klaus Töpfer ist ein „Medienweltmeister“, aber seine konkreten Taten lassen sehr zu wünschen übrig. Es reicht nicht, sich selbst immer wieder als Vorreiter in Sachen Umweltschutz anzupreisen, aber bei der Durchsetzung keine Konfliktfähigkeit zu zeigen. Bis heute ist auf zentralen Feldern der Energiepolitik (insbesondere Verringerung der Energie im Wärmebereich, Verkehrssektor) nur (zu) wenig geschehen.

(-/17.5.1990/vo-he/rs)

* * *